

11.23

Abgeordneter Elmar Mayer (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Rechnungshofpräsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst auf Geheiß meiner Kollegin aus Oberösterreich, Holzinger-Vogtenhuber, ganz herzlich die Polytechnische Schule aus Linz in unserer Mitte begrüßen und bedanke mich für Ihr Interesse im Rahmen der politischen Bildung. (*Allgemeiner Beifall.*)

Herr Rechnungshofpräsident! Ein bisschen hat diese heutige Debatte auch einen historischen Beigeschmack, denn dies wird voraussichtlich die letzte Debatte sein, die wir vom Inhalt her miteinander bestreiten können. Eigentlich gibt es viele Bereiche – Bereiche, die im Laufe der letzten zwölf Jahre beraten wurden; natürlich auch jene, bei denen ich die Ehre hatte, mit Ihnen zusammenzuarbeiten –, die es verdienen würden, noch einmal beraten zu werden, aber das Thema, das heute hier noch einmal zur Diskussion steht, ist tatsächlich eines, das uns auch noch in der Zukunft sehr intensiv begleiten wird. Es geht dabei ganz schlicht und einfach um den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, sprich den Finanzausgleich.

Ich darf vorneweg, weil uns der Rechnungshof nicht nur mit seinen Empfehlungen, seinen Forderungen und seinen Aufklärungen immer wieder unterstützt, sondern auch mit den nötigen Informationen versorgt, auf Folgendes in diesem Bericht hinweisen – ich habe es bereits im Ausschuss gesagt, möchte es aber auch heute sagen, weil es für jeden Abgeordneten, der sich mit dem Finanzausgleich ein bisschen auseinandersetzen will, hilfreich ist –: Die graphische Darstellung führt jenen, die nicht laufend mit Finanzgebarungen, öffentlichen Finanzen und Finanzcontrolling zu tun haben, klar vor Augen, wie das Ganze abläuft. Das ist meiner Meinung nach hier sehr gut schematisch dargestellt. Es zeigt aber gleichzeitig auch die Problematik auf, die wir beim Finanzausgleich haben.

Der Rechnungshof plädiert, aus meiner Sicht völlig zu Recht, für eine grundlegende Neuausrichtung des Finanzausgleichs – dies auch deshalb, weil der eigentliche Finanzausgleich zunehmend an Bedeutung verliert! Es sind – und das sind aus meiner Sicht zwei ganz wesentliche Zahlen – die Überweisungen des Bundes an die Länder von 2008 bis 2013 um 17,5 Prozent gestiegen, jene außerhalb des Finanzausgleichs um ganze 26,7 Prozent. Man sieht also, wie dramatisch die Fehlentwicklung ist: dass sich die Finanzierung sehr stark weg vom Finanzausgleich hin zu den sogenannten Artikel 15a-Vereinbarungen verlagert. Und das kann **nicht** die Zukunft sein! Unser Ziel muss es in Zukunft sein – das kommt in allen Berichten zum Ausdruck, und das kann

man nur unterstützen –, dass wir endlich dazu kommen, dass jene, die zahlen müssen, auch mit anschaffen können.

Für diese Artikel 15a-Vereinbarungen habe ich zwei Beispiele, kann sie aber in der Kürze der Zeit nur schlagwortartig nennen. Das eine Beispiel betrifft den Bildungsbereich. Ich habe mich sehr bemüht, bei der Artikel 15a-Vereinbarung die Ganztagsbetreuung und sehr viele Punkte im Hinblick darauf, was wir alles von den Ländern erwarten, dass sie umsetzen, hereinzunehmen, und ich muss Ihnen leider sagen: Es ist zu einem großen Teil nicht umgesetzt worden, und wenn, dann ist es völlig anders angewendet worden. Das kann es **nicht** sein! Ähnliche Beispiele gibt es aus den Bereichen der Kinderbetreuung, aus dem Pflegebereich und aus dem Gesundheitsbereich.

Es muss also gelingen, im Rahmen eines neuen Finanzausgleichs tatsächlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jene, die zahlen müssen oder dürfen oder können, auch tatsächlich die Möglichkeit haben, mit zu entscheiden, wie die Gelder verwendet werden. In dieser Hinsicht hat der Finanzminister im Ausschuss sehr zukunftsweisende Aussagen, wie ich meine, getroffen. Er hat angekündigt, dass er da mit Unterstützung des Rechnungshofes vorgehen will, damit wir endlich – wie bei der VRV, wo das gelungen ist – auch hier Wege finden, wie wir tatsächlich in eine bessere, transparentere, offenere Zukunft gehen können.

Zum Dankesteil, Herr Präsident, komme ich später noch. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

11.28

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Gahr. – Bitte.